

Antrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

zum 25-jährigen Jubiläum des „Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991

Der Landtag stellt fest:

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen verbindet eine lange wechselvolle Geschichte. Die unzähligen Gräueltaten Nazi-Deutschlands sind und bleiben unvergessen und unverzeihlich. Die jüngere deutsch-polnische Geschichte ist hingegen geprägt von Versöhnung statt Spaltung und von Freundschaft statt Feindschaft. Polen ist heute politisch wie wirtschaftlich einer der wichtigsten Partner Deutschlands. Nun jährt sich am 17. Juni 2016 die Unterzeichnung des „Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ – des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages – zum 25. Mal. Seit nunmehr über 25 Jahren ist die Geschichte unserer Nationen die Geschichte von Frieden und Freundschaft. Dabei verfolgen wir das Ziel, die europäische Werte-, Rechts- und Interessengemeinschaft gemeinsam zu stärken.

Für Brandenburg, mit etwa 279 km von 460 km deutsch-polnischer Grenze, sind enge nachbarschaftliche Beziehungen zu Polen von hoher Priorität. Nicht umsonst hat Brandenburg die Zusammenarbeit mit dem polnischen Nachbarn in Artikel 2 seiner Landesverfassung als Grundsatz der Verfassung normiert.

Von der intensiven Zusammenarbeit profitiert Brandenburg in vielfältiger Weise. Insbesondere sind hier die zahlreichen Städte- und Schulpartnerschaften, die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit ebenso wie die Stiftung Genshagen aber auch das Instrument der sog. „Oder-Partnerschaft“ zu nennen. Die deutsch-polnischen Doppelstädte Frankfurt (Oder) und Słubice sowie Guben und Gubin sowie die Zusammenarbeit zwischen der Uckermark und Szczecin haben in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung.

Dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk kommt mit mehr als 2,7 Millionen deutschen und polnischen Teilnehmern in über 70.000 Begegnungsmaßnahmen bei dem gegenseitigen Annäherungs- und Versöhnungsprozess eine herausragende Rolle zu. Der Landtag begrüßt die von der Landesregierung gestartete Bundesratsinitiative für eine verbesserte Finanzausstattung des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes deshalb ausdrücklich.

Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus dazu auf:

- die Ziele des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages auch in Zukunft als Leitlinie für die brandenburgisch-polnische Nachbarschaftspolitik zu berücksichtigen und umzusetzen sowie die Freundschaft und Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen weiterhin zu fördern,
- die wirtschaftlichen Beziehungen Brandenburgs zu Polen weiter zu fördern, brandenburgische Unternehmen bei der Markterschließung zu unterstützen und um die Ansiedlung polnischer Firmen in Brandenburg zu werben,
- der Einhaltung hoher Verbraucherschutzstandards in grenzüberschreitenden Angelegenheiten auch weiterhin hohe Bedeutung beizumessen, die Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Einrichtungen in Verbraucherschutzbelangen zu unterstützen und die Arbeit des deutsch-polnischen Verbraucherinformationszentrums weiterhin zu befördern,
- den grenzüberschreitenden Rad-, Wasser- und Kulturtourismus zu stärken und die internationale Tourismuswerbung für Brandenburg weiterhin auch gezielt auf Menschen aus Polen auszurichten,
- im Rahmen der Umsetzung der Fachkräftestrategie auch zukünftig die grenzüberschreitende Verflechtung des berlin-brandenburgischen mit dem polnischen Arbeitsmarkt zu berücksichtigen,
- den energiepolitischen Dialog mit Polen fortzusetzen,
- sich weiterhin für grenzüberschreitende Nah- und Fernverkehrsverbindungen einzusetzen und dabei insbesondere gegenüber dem Bund einen besonderen Schwerpunkt auf die Schaffung leistungsfähiger und nachhaltiger Verbindungen Richtung Szczecin und Wrocław zu legen,
- die enge Zusammenarbeit von Polizei-, Zoll- und Grenzbehörden dies- und jenseits von Oder und Neiße weiter voranzutreiben und an die guten Erfahrungen, die bei der gemeinsamen Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität seit dem Inkrafttreten des deutsch-polnischen Polizeiabkommens erzielt wurden, anzuknüpfen, die Zusammenarbeit in den Bereichen der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes weiter engagiert fortzuführen,
- die justizielle Zusammenarbeit engagiert fortzuführen und insbesondere den bewährten Austausch zwischen den Gerichtsbarkeiten und den Staatsanwaltschaften weiter zu verstetigen,
- die Zusammenarbeit mit unseren Partnerwojewodschaften in Polen, insbesondere mit den grenznahen Wojewodschaften aus der Oderpartnerschaft Zachodniopomorskie, Lubuskie, Dolnośląskie und Wielkopolskie zu intensivieren,

- die Förderung der polnischen Sprache in den Brandenburger Schulen zu intensivieren, Schulpartnerschaften zu fördern und das Förderprogramm zum Besuch von Gedenkstätten in Polen zu verstetigen,
- die Hochschulen im Land zu ermuntern, weiter den Weg der Zusammenarbeit mit polnischen Wissenschaftseinrichtungen zu suchen und auf diesem Gebiet bestehende Partnerschaften zu vertiefen und neue zu begründen,
- die Kunst- und Kulturschaffenden im Land Brandenburg zu ermutigen, die Zusammenarbeit mit den polnischen Akteuren fortzusetzen, grenzüberschreitende Kulturprojekte zu unterstützen und sich für kulturelle Maßnahmen in Brandenburg mit Bezug zu Polen und zur gemeinsamen Grenzregion einzusetzen,
- sich für einen Ausbau von Projekten zum deutsch-polnischen Jugendaustausch einzusetzen,
- die Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft und Umweltschutz ebenso wie die Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz fortzuführen und bedarfsorientiert zu intensivieren,
- die Kooperationen im Bereich des Arbeitsschutzes und des Gesundheitswesens fortzusetzen und zu verstetigen sowie Hemmnisse in der grenzüberschreitenden Versorgung insbesondere für Notfälle abzubauen.

Begründung:

Die Freundschaft und Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen ist keine Selbstverständlichkeit. Auch zwischen Staaten müssen Freundschaften und Partnerschaften gepflegt werden.

Im Land Brandenburg sind Polen unter den ausländischen Bevölkerungsgruppen die mit Abstand größte Bevölkerungsgruppe. In den Doppelstädten und der Grenzregion wird das Miteinander von Deutschen und Polen gelebt. Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag steht symbolisch für den Willen, die bestehende feste Freundschaft und Partnerschaft auch weiterhin zu pflegen.

Unsere Freundschaft und Partnerschaft fußt auf den gemeinsamen Werten von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, denen sich die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen nach Artikel 8 Absatz 1 des Nachbarschaftsvertrages verpflichtet sehen. Auf diesen Werten basierend und eingedenk der gemeinsamen Geschichte der beiden Staaten haben auf beiden Seiten zahlreiche Personen und Institutionen ihren Beitrag geleistet, die Freundschaft zwischen Deutschland und Polen wachsen zu lassen. Ihnen allen gebührt unser Dank. Ihr Engagement muss fortgeführt, weiterhin unterstützt und ggf. ausgebaut werden.

Auch wirtschaftlich ist Polen zwischenzeitlich zu einem der wichtigsten Partner Deutschlands geworden. Für Brandenburger Firmen ist Polen eines der wichtigsten Exportziele. Bei den Importen nach Brandenburg steht Polen auf Platz 2. Im Bereich Tourismus ist Polen für Brandenburg der größte ausländische Quellenmarkt.

Der grenzüberschreitende Verbraucherschutz wird seit etwa zehn Jahren durch eine Verbraucherberatung im deutsch-polnischen Verbraucherinformationszentrum (VIZ) gelebt. Das VIZ wird in Frankfurt/Oder von der Verbraucherzentrale Brandenburg e.V. mit Unterstützung des Landes Brandenburg betrieben. Die Förderung dieser Verbraucherberatung ist einer der Schwerpunkte der Verbraucherpolitik in Brandenburg. Im Rahmen von grenzüberschreitenden Projekten, die teilweise von der Europäischen Kommission und über EU-Fördermittel finanziert wurde, hat die Verbraucherzentrale Brandenburg e.V. mit Unterstützung des Landes Brandenburg wichtige Kontakte zu polnischen Verbraucherorganisationen und grenznahen Wojewodschaften herstellen und pflegen können. Davon profitiert auch die Verbraucherberatung für Brandenburger Verbraucherinnen und Verbraucher. Um diese Kontakte zu pflegen und ggf. auszubauen bedarf es weiterer Unterstützung durch das Land Brandenburg.

Das VIZ steht exemplarisch für vielfältige Kontakte in allen Bereichen des Verbraucherschutzes. Diese gilt es weiterhin zu unterstützen.

Darüber hinaus ist und bleibt die Verkehrsinfrastruktur ein wichtiges grenzüberschreitendes Thema. Erfolge sind in jüngster Zeit insbesondere im Regionalverkehr zu verzeichnen. Seit dem 30. April 2016 verkehrt an den Wochenenden zudem der Kulturzug von Berlin, über Ostbrandenburg nach Wrocław. Erfreulich sind auch Fortschritte bei den regionalen Schienenverbindungen Richtung Gorzów und Zielona Góra. Es sind jedoch weitere Anstrengungen gegenüber und von den nationalen Behörden erforderlich, um leistungsfähige Bahnverbindungen von und nach Polen zu erreichen. Der Fernverkehr ist noch lückenhaft und unzureichend. Hier müssen auf beiden Seiten die Nationalregierungen ihre gesetzliche und politische Verantwortung stärker wahrnehmen.

Eine Schlüsselfunktion kommt dabei dem Ausbau und der energietechnischen Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur zu, insbesondere ist es für die Erreichbarkeit der benachbarten Metropolregionen wichtig, dass der Bund den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke Berlin-Szczecin und die Weiterführung des Ausbaus und der Elektrifizierung der Strecke Berlin-Görlitz in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 aufnimmt.

Die Zusammenarbeit mit der polnischen Polizei ist gegenwärtig als sehr konstruktiv und kontinuierlich einzuschätzen. Darüber hinaus werden auch weiterhin Bestrebungen beider Seiten erforderlich sein, um diese Zusammenarbeit auf der Grundlage des im Sommer letzten Jahres in Kraft getretenen Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden vom 15. Mai 2014 weiter auszubauen.

Im Einzelnen spiegelt sich die Zusammenarbeit mit der polnischen Polizei u.a. wider

- in der Tätigkeit im gemeinsamen deutsch-polnischen Zentrum in Swiecko,
- bei der Durchführung von gemeinsamen Verkehrskontrollen,
- bei der Durchführung von gemeinsamen Streifen, einschl. Bootstreifen,
- bei der Realisierung von grenzüberschreitenden Nacheilesachverhalten,
- in der gemeinsamen Absicherung von Veranstaltungen, z.B. des Festivals „Przystanek Woodstock / Haltestelle Woodstock“,
- in der Durchführung von gemeinsamen Arbeitsberatungen,

- in der Durchführung von Praktika und in der gemeinsamen Durchführung des EU-Projektes „Sprachtraining im Tandem“,
- in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften bei der gemeinsamen Durchführung strafprozessualer Maßnahmen, insbesondere im Rahmen der Joint Investigation Teams zur Bearbeitung von Ermittlungskomplexen der Kfz-Kriminalität.

Die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der beiden Länder befindet sich auf einem hohen Niveau. Verfahrensvereinbarungen und gemeinsame Ermittlungsgruppen (GEG) der Staatsanwaltschaften führen zu einer effektiven Strafverfolgung und bekämpfen so die grenzüberschreitende Kriminalität.

Grundlage für ein friedliches Miteinander ist es, sich gegenseitig zu verstehen. Grundlage für gegenseitiges Verstehen ist und bleibt die Sprache als zentrales Kommunikationsmittel. Auf deutscher Seite muss daher die Förderung der polnischen Sprache insbesondere an Schulen weiter verstärkt werden.

Die Zusammenarbeit in der Wissenschaft und Forschung zwischen brandenburgischen und polnischen Hochschulen hat sich hervorragend entwickelt. Der Austausch von Studierenden, Lehrpersonal und Verwaltungsmitarbeitenden wird flankiert durch zahlreiche gemeinsame Studiengänge, die gemeinsam von brandenburgischen und polnischen Hochschulen angeboten werden und zu einem Doppelabschluss führen. Auch die Kooperationen in der Forschung nehmen stetig zu, wofür das Willy Brandt Zentrum in Wrocław auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften ein leuchtendes Beispiel ist. Schließlich kann die Errichtung einer international ausgerichteten, gemeinsamen deutsch-polnischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu (UAM) am Collegium Polonicum (Ślubiice) zu einem vorläufigen Höhepunkt der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen werden.

Auch die kulturellen Akteure im Land Brandenburg pflegen kontinuierlich Kontakte zu polnischen Einrichtungen, insbesondere zu den Partnerwojewodschaften und zu Kulturschaffenden in den Euroregionen Spree-Neiße-Bober, Pro Europa Viadrina und Pomerania. Die Deutsch-Polnischen Musikfesttage an der Oder, der Europäische Parkverbund Lausitz oder die Aktivitäten der Deutsch-Polnische Bildungsbrücke Neuzelle-Zielona Góra sind ebenso wie die Kooperation der Uckermärkischen Bühnen Schwedt mit der Oper im Schloss in Szczecin und polnischen Musicalschulen oder Tanzensembles Beispiele der vernetzten Zusammenarbeit mit polnischen Einrichtungen. Auch auf den Gebieten der Denkmalpflege, der Erinnerungskultur und des Archivwesens findet ein regelmäßiger grenzüberschreitender Austausch statt.

Im Umwelt- und Agrarbereich gibt es seit Jahren Verwaltungskooperationen. Dahingehend werden gemeinsame Arbeitsprogramme verabschiedet und entsprechend dem aktuellen Bedarf und unter Berücksichtigung der bestehenden Kapazitäten konkrete Maßnahmen vereinbart. Darüber hinaus werden Projekte außerhalb der Verwaltung befördert und auch anteilig finanziert. Die Landesregierung arbeitet gemeinsam mit polnischen Regionalvertretern unter Leitung der nationalen Umweltministerien in deutsch-polnischen Arbeitsgruppen zur Bewirtschaftung der Grenzgewässer oder zur Entwicklung des grenzüberschreitenden Schutzgebiets Unteres Odertal zusammen.

Die Ernennung des Brandenburgischen Ministerpräsidenten zum Koordinator für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt schafft zusätzliche Möglichkeiten, die Interessen und Anliegen der Grenzregion voranzubringen.

Mike Bischoff
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE